

Erschienen in: Handelsblatt, Nr. 198, 15. Oktober 2003, S. R4, unter dem Titel „Sozialpolitik durch Gesellschaftspolitik. Rezension zu: Nancy Fraser & Axel Honneth, Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse“.

Sozialpolitik als emanzipatorische Gesellschaftspolitik

Rezension zu: Nancy Fraser & Axel Honneth, Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 1460, Frankfurt a.M. 2003.

Von Peter Ulrich

Die öffentliche Sozialstaatsdebatte wird derzeit von einem einzigen Gesichtspunkt beherrscht: dem der Finanzierbarkeit. Das bisherige Niveau wohlfahrtsstaatlicher Absicherung aller Lebensrisiken ist im internationalen Standortwettbewerb zur Hypothek geworden. Runter mit den Lohnnebenkosten, weg mit der Vollkasko mentalität – so lautet die tonangebende Devise. Die viel beschworene „demographische Zeitbombe“ tut das ihre zum angesagten Sozialabbau. Weit und breit scheint keine konstruktive Alternative in Sicht. Oder etwa doch?

Das hier vorzustellende Buch demonstriert, dass die vermeintlich ach so weltfremde und unpraktische Sozialphilosophie längst an der Arbeit ist, einen dritten Weg zwischen den herkömmlichen Optionen des sozialstaatlichen Aus- oder Abbaus zu entwickeln. Emanzipatorische Gesellschaftspolitik statt kompensatorische Sozialpolitik – auf dieses Motto könnte man die neue Perspektive bringen. Die emanzipatorische Leitidee besteht darin, möglichst allen Gesellschaftsmitgliedern den Status als *real freie Bürgerinnen und Bürger* zu gewähren. Real frei ist, wer ein selbst bestimmtes Leben führen und sich aus eigener Kraft existenziell behaupten kann, also auf staatliche „Fürsorge“ im weitesten Sinn des Begriffs gar nicht erst angewiesen ist. Aus dieser Perspektive erweist sich der ausufernde Sozialstaat, der die Symptome existenzieller Ohnmacht der Bürger verwaltet und allumfassend durch „Sozialhilfe“ kompensiert, eher als teilmodernisierte Spätform des alten Obrigkeitsstaats denn als Grundlage einer wohlgeordneten Gesellschaft freier, gleichberechtigter und mündiger Bürger. Und man beginnt zu verstehen, warum beispielsweise in Deutschland Vater Staat, der die Bürger wie seine „Kinder“ von der Wiege bis zur Bahre behütet, so identitätsprägend geworden ist.

Genauso wenig zukunftsfähig ist es allerdings, dem Sozietatismus bloss den voraussetzungslosen Ruf nach „mehr Eigenverantwortung“ entgegenzuhalten. Eine zivilisierte Gesellschaft (Bürgergesellschaft) muss, gerade wenn sie im Übrigen auf die marktwirtschaftliche Selbstbehauptung des Einzelnen nach dem Leistungsprinzip setzt, zwei grundsätzliche Voraussetzungen gewährleisten: erstens die faire Chancengleichheit aller im Wettbewerb und zweitens die unbedingte Anerkennung des Rechts auch der Verlierer auf ein nicht-demütigendes Leben in Würde und Selbstachtung. Denn es gehört zur Logik des Wettbewerbs, dass er zwischen Gewinnern und Verlierern unterscheidet. Der Status freier Bürger und ihr Recht, ein eigenständiges Leben zu führen, darf davon nicht tangiert werden; er schliesst daher „anständige“ Lebensbedingungen für alle unbedingt ein.

Eine wahrhaft „bürgerliche“ Politik gründet also in der *Anerkennung* aller Bürgerinnen und Bürger als Freier und Gleicher und zielt darauf, sie zur selbständigen Lebensführung und Existenzsicherung in möglichst jeder Hinsicht zu *ermächtigen*, das heisst sie dazu erstens zu befähigen und zweitens zu berechtigen. So verstandene emanzipatorische Gesellschaftspolitik setzt bei den Voraussetzungen real lebbarer Freiheit an, während wie die herkömmliche Sozialpolitik nur die symptomatischen Folgen struktureller Ohnmacht durch *Umverteilung* von (Lebens-) Mitteln bekämpft, ohne deren Ursachen zu beseitigen.

Die amerikanische Philosophin Nancy Fraser und der deutsche Philosoph Axel Honneth debattieren über die politisch-philosophischen Grundlagen des angedeuteten Umbruchs im Verständnis des angemessenen Verhältnisses zwischen Bürgergesellschaft und Marktwirtschaft. Nancy Fraser zeichnet die historischen und aktuellen Linien nach, auf denen Ansprüche nach Anerkennung zunehmend *neben* herkömmliche Umverteilungspostulate treten. Es geht dabei jeweils nicht in erster Linie um finanzielle Ansprüche, sondern um „Identitätspolitik“, d.h. um die Einforderung des Respekts vor ethnischer oder kultureller Differenz oder einer solchen der sexuellen Orientierung (Homosexualität). Solche Formen fehlender Anerkennung wurzeln nicht unmittelbar in der Wirtschaftsstruktur, schlagen sich aber häufig in ungleichen wirtschaftlichen Chancen nieder. Diese Benachteiligung ursächlich zu überwinden verlangt dementsprechend vor allem nach kultureller Anerkennung der Gleichheit im Bürgerstatus trotz Differenzen in Lebensform und Erscheinung. Es geht um die ebenbürtige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben überhaupt, oder mit einem Schlüsselbegriff von Nancy Fraser: um „partizipatorische Gleichberechtigung“.

Axel Honneth geht einen Schritt weiter, indem er aufzeigt, dass auch die meisten Formen sozioökonomischer Benachteiligung, um die sich der Sozialstaat nach dem Umverteilungsprinzip kümmert, in mangelnder Anerkennung wurzeln. Er bestreitet daher den von Fraser für notwendig gehaltenen „perspektivischen Dualismus“ einer gerechten Gesellschaft und hält ihr entgegen, auch Verteilungsungerechtigkeiten müssten im Kern als „ungerechtfertigte Anerkennungsverhältnisse“ einer Gesellschaft begriffen werden. So hat die traditionelle Arbeiterbewegung nie bloss um die finanzielle Wertschätzung ihres volkswirtschaftlichen Kooperationsbeitrags, sondern immer auch um die Anerkennung ihrer Bürgerrechte und gekämpft. Daher haben Verteilungskämpfe in der kapitalistischen Marktwirtschaft seit jeher eine doppelte Gestalt: Sie vollziehen sich entweder als Kampf um die herrschende Definition des Leistungsprinzips oder um soziale Rechte, z.B. um ein Bürgerrecht auf ein leistungsunabhängiges Grundeinkommen.

Eine moderne *civil society* kommt nicht darum herum, ihre gesellschaftlichen Anerkennungsprinzipien entsprechend den sozioökonomischen Lebensbedingungen fortzuentwickeln, wenn sie die soziale Integration aller Gesellschaftsmitglieder aufrechterhalten will. Der Verzicht auf diesen Anspruch, also die Exklusion bestimmter Gruppen aus den Verhältnissen wechselseitiger Anerkennung, wäre der Verzicht auf die Idee einer Gesellschaft freier und gleichberechtigter Bürger überhaupt. Das sollte bedenken, wer „Sozialhilfe“ vom Prinzip der einzelfallbezogenen Bedürftigkeitsermittlung abhängig machen will. Diese stigmatisiert die Empfänger als Bürger zweiter Klasse, die damit über kurz oder lang auch ihre Selbstachtung und ihren Selbstbehauptungswillen verlieren. Ein ursächlicher Ausbruch aus dem sozialstatistischen Teufelskreis ist so nicht möglich; das setzt vielmehr eine konsequente Entfaltung der Bürgergesellschaft voraus. Entscheidend ist aus dieser Perspektive die emanzipatorische Qualität des allgemeinen Rechtsanspruchs auf eine existenzielle Grundsicherung, die den Status aller als freie Bürger respektiert und stärkt.